

NZZ am Sonntag 12. Mai 2002

10 Jahre Mitarbeit der Schweiz im Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank

Verlorene Visionen

Von Richard Gerster

Seit dem Ende des Kalten Krieges verfügen der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank über eine eigentliche Monopolstellung in der Diagnose wirtschaftspolitischer Probleme und der Verschreibung entsprechender Therapien. Verstetigtes Wirtschaftswachstum, Ausgleich des Staatshaushalts, niedrige Inflationsraten und ein langfristig finanzierbares Gleichgewicht in der Aussenwirtschaft zählen zu den zentralen Zielen, welche gleichzeitig der Armutsbekämpfung dienen sollen. Der Weg dazu ist mit neoliberalen Grundsätzen gepflastert: Privatisierung, Deregulierung, Öffnung der Volkswirtschaft gegenüber dem Ausland. Abweichen von der Orthodoxie scheuen die Gralshüter in Washington wie der Teufel das Weihwasser. Deren monopolistische Definitionsmacht müsste jeder Wettbewerbsbehörde das Grausen lehren.

In diesem weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Umfeld stimmte das Schweizer Volk 1992 dem Beitritt zu den Bretton Woods - Institutionen (BWI) zu. Deren Rolle gegenüber den wirtschaftlich schwächeren Ländern in Afrika, Asien und Lateinamerika war ein entscheidender Punkt des Referendums. Zuvor hatte bereits das Parlament im BWI-Mitwirkungsgesetz verankert, dass die Schweiz auf eine Mitberücksichtigung der entwicklungspolitischen Grundsätze hinzuwirken hat. Erwartungen an eine konstruktive Rolle der Schweiz im Umgang mit den Problemen des Südens und Ostens unseres Globus spielten beim relativ knappen Ja eine entscheidende Rolle.

Der Bundesrat hat in seiner Bilanz der ersten 10 Jahre eine positive Bilanz gezogen. Die Weltbank werde, so Bundesrat Pascal Couchepin, allerdings zu stark von den geldgebenden grossen Industrieländern dominiert. Bundesrat Josef Deiss unterstrich

die Notwendigkeit, Entwicklungspolitik stärker demokratisch bei den Parlamenten abzustützen. Weltbankpräsident James Wolfensohn seinerseits rühmte die Mitarbeit der Schweiz. Zu Recht: Die Weltbank hat in der Schweiz und ihrer aktiven Vertretung in Washington einen verlässlichen Partner. Die offizielle Bilanz täuscht jedoch über weitgehend hausgemachte Schwächen des schweizerischen Engagements in der Weltbank und vor allem dem IWF hinweg. Denn es gibt auch eine Bilanz der verpassten Chancen.

Wo sind zum Beispiel die Vorstösse der Schweiz

- zugunsten eines wirtschaftspolitischen Pluralismus, der anerkennt, dass es mehr als nur ein richtiges Rezept gibt und die ökonomische Orthodoxie relativiert?
- zur Verankerung des Grundsatzes Nachhaltiger Entwicklung im IWF-Mandat, um die IWF-Ziele an die Welt des 21. Jahrhunderts anzupassen?
- für eine Erneuerung der internationalen Finanzarchitektur? Die Idee einer Lenkungssteuer auf Devisentransaktionen, um einer destabilisierenden Spekulation die Spitze zu brechen, wollte die Schweiz gar nicht erst untersuchen lassen.

Der Schweiz mangelt es an strategischen Zielsetzungen, was sie in IWF/Weltbank entwicklungspolitisch erreichen will, an Visionen, wie sich IWF und Weltbank in den nächsten 5 und 10 Jahren verändern sollen. Wenn ein Land nicht weiss, worauf es in IWF/Weltbank hinarbeitet, ertrinkt es in den Hunderten von Anträgen und Tausenden von Seiten, zu denen es jedes Jahr Stellung zu nehmen gilt. Wie sagte doch Mark Twain so treffend: „Als sie das Ziel aus den Augen verloren, verdoppelten sie ihre Anstrengungen.“

Die Visionslosigkeit ist kein Zufall. Zu viele Köche sind am BWI-Menu beteiligt. Beim IWF balgen sich das Finanzdepartement und die Nationalbank um Zuständigkeiten und Einfluss. Aber auch das Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) im Couchepin-Imperium und die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) im Deiss-Ministerium wollen mitreden. Bei der Weltbank sind seco und DEZA massgebend. Das Ausmass der Reibereien entspricht der Komplexität der Strukturen. Die Konkurrenzsituation unter den Ämtern produziert Doppelspurigkeiten und

Effizienzverluste. Die gravierendste Folge ist jedoch, dass knappe Zeit und Energie verschleudert werden, welche für die Bearbeitung der Kernfragen fehlen.

Die beteiligten Bundesräte und die Spitze der Nationalbank müssten statt wegsehen gemeinsam ihre Führungsaufgaben wahrnehmen. Das Parlament könnte eine unabhängige Bilanz der Mitarbeit 1992 – 2002 in Auftrag geben und Veränderungen einleiten. Zudem existiert bereits eine ausserparlamentarische Kommission, von der sich der Bundesrat in Sachen IWF/Weltbank beraten lässt. Doch diese lässt sich von der Verwaltung informieren statt umgekehrt dem Bundesrat klare Leitplanken mitzugeben und deren Umsetzung zu überprüfen. Übrigens: Weshalb sollten sich nicht alle beteiligten Stellen inklusive der SNB in einem interdepartementalen BWI-Büro zusammenraufen?

Das helvetische Malaise reicht noch tiefer. Bundesrat und Verwaltungsspitzen sind in Sachen IWF/Weltbank nur noch beschränkt handlungsfähig. Denn sie wollen um jeden Preis den Status Quo des Einflusses der Schweiz in IWF und Weltbank verteidigen. Im IWF stehen jedem Mitglied ein Basisstimmrecht von 250 Stimmen pro Land zu. Dazu kommen Stimmen, welche jedem Land je nach seiner Beteiligung am Grundkapital zugeteilt werden. Dieses plutokratische Element sichert den wirtschaftlich starken Staaten eine dominante Stellung über die zahlenmässig bedeutenderen, aber wirtschaftlich schwächeren Entwicklungsländer. Davon profitiert die Schweiz und daran klammert sich die Schweiz, auch wenn der Bundesrat seitens der (anderen) Industrieländer mehr Zurückhaltung fordert. Unsere Bevölkerung von 7 Millionen hat im IWF fast das gleiche Stimmengewicht wie die 400 Millionen Menschen von Ägypten, Bangladesh und Indonesien zusammen.

In einem Husarenritt von Spezialdiplomatie hatte der damalige Bundesrat Stich der Schweiz einen Sitz im exklusiven Exekutivdirektorium gesichert. Mit einer hohen Kapitalquote und mit ungewohnten Allianzen schuf er eine Stimmrechtsgruppe unter Schweizer Führung, welche Aserbeidschan, Kirgistan, Polen, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan umfasst. Nun befindet sich Polen jedoch auf dem Weg in die EU. Die Schwellenländer vor allem in Asien, aber auch in Lateinamerika sind wirtschaftlich weiter erstarkt. Die Zeit arbeitet gegen die Schweiz. Sie wird die heutige starke Vertretung auf die Dauer nicht halten können. Doch die Frage nach

tragfähigen Allianzen und Alternativen in einer sich wandelnden Welt ist in Bern tabu. Alles wird der Besitzstandwahrung untergeordnet. Statt sich für eine zukunftssträchtige Stimmrechtsreform stark zu machen, welche die wirtschaftlich schwachen Länder stärkt, werden die heutigen plutokratischen Privilegien verteidigt. Damit gefährdet die Schweiz ihre Glaubwürdigkeit gegenüber den Entwicklungsländern. Mit der Missachtung der Zeichen der Zeit manövriert sich die Schweiz in eine Sackgasse. Weiterführende Optionen für eine optimale Vertretung in den BWI sind gefragt.

Richard Gerster, Dr. oec. HSG, (Richterswil), ist entwicklungspolitisch und publizistisch tätig, früher für schweizerische Entwicklungshilfswerke, heute als Berater und Publizist für Nord-Süd-Fragen (www.gersterconsulting.ch). Zu IWF/Weltbank hat er regelmässig publiziert, nachdem bereits 1982 sein Buch „Fallstricke der Verschuldung. Der IWF und die Entwicklungsländer“ erschien.